

Rezensionen

Kerz-Rühling, Ingrid/Plänkers, Tomas: Verräter oder Verführte. Eine psychoanalytische Untersuchung Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Unter Mitarbeit von Helmut Müller-Enbergs. Berlin: Ch. Links Verlag 2004, 245 Seiten, brosch., 19,90 Euro.

Schild und Schwert war die Staatssicherheit nicht nur für die Partei, sondern offenbar auch für ihre Inoffiziellen Mitarbeiter, die bei ihr Rückhalt wegen eigener Persönlichkeitsschwäche suchten oder sie gar als Instrument gegen eigene Feinde und Konkurrenten einsetzten. „Sie sind“, schreiben die Psychoanalytiker Ingrid Kerz-Rühling und Tomas Plänkers in ihrer von Helmut Müller-Enbergs (BStU) begleiteten Studie über IMs des MfS als Verräter oder Verführte, „aus politischer Überzeugung oder Abenteuerlust, aus Karrieregründen oder Rache, aus Angst vor Repressionen oder mit der Sehnsucht nach Anerkennung und Geborgenheit eine unheil- und leidbringende Allianz mit dem Ministerium für Staatssicherheit eingegangen, haben teilweise Kollegen, Bekannte, Freunde oder sogar die eigene Familie observiert und verraten. Wie stehen diese Menschen zu ihrer damaligen konspirativen Tätigkeit 14 Jahre nach Auflösung des MfS?“

Ihre Befunde sind allerdings in mehrfacher Hinsicht nicht repräsentativ: Die zwanzig ausgewählten Fälle der Studie stellen statistisch keine repräsentative Stichprobe dar und sind – das räumen die Autoren im Schlußwort ein – deswegen „nur schwer zu verallgemeinern“. Sie konnten lediglich nach dem Dafürhalten der Autoren und der BStU so heterogen ausgewählt werden, daß „wir ein Bild von der Vielfalt der konspirativ Tätigen gewinnen konnten“. Das ist auch dann gelungen, wenn man den psychoanalytischen Ansatz der Stu-

die nicht teilt oder nicht für den objektivsten wissenschaftlichen Zugang zur Problematik hält. Beide Analytiker kommen aus Westdeutschland und sind an der Freudschen Analyse orientiert, was sich in einer starken Hinwendung zur Familien- und Kindheitsgeschichte der Probanden und ihren Deutungsmustern äußert. Inwieweit diese beiden Tatsachen die Einlassungen der Befragten beeinflußt haben, wird in der Auswertung zwar reflektiert allerdings ebenfalls unter Supervision fünf weiterer Psychoanalytiker. In jedem Fall aber wird man dem Ausgangspunkt der Untersuchung auch in Freuds Formulierung zustimmen können, der die Gefährdung des einzelnen in einer autoritären Lebenswelt 1910 schlüssig beschrieben hat: „Die wenigsten Kulturmenschen sind fähig, ohne Anlehnung an andere zu existieren oder auch nur ein selbständiges Urteil zu fällen. Die Autoritätssucht und innere Haltlosigkeit können Sie sich nicht arg genug vorstellen.“ Das gilt selbst für das Verhältnis von Befragern und Befragten, von denen nach dem eigenen Eindruck der beiden Analytiker viele Rückhalt und Bestätigung in deren Autorität suchten.

Arg genug sind die Beispiele von Haltlosigkeit und Autoritätssucht tatsächlich, die in den zwanzig Fallstudien des Buches analysiert werden, und das obwohl – oder eher weil – fast alle Befragten rituell versichern, „niemand geschadet zu haben“, und sich mehr als Opfer denn als Täter darstellen, wenn sie sich nicht mit fortdauernder politischer Überzeugung rechtfertigen. Man kann das, wie die Verfasser, psychoanalytisch als „Deckerinnerung“ deuten, mittels derer Scham- und Schuldgefühle verdrängt und in der neuen Lebenssituation erträglich gemacht werden sollen. Dabei verkennen sie nicht, daß diese Darstellung in einigen Fällen den Tatsachen entspricht, denn auch die Staatssicherheit hat bei der Anwerbung

ihrer Mitarbeiter mit „operativer Psychologie“ gearbeitet und deren Persönlichkeitsschwächen und -dispositionen zu ihrer Gewinnung und Korruption genützt.

So ist nicht alles Legendenbildung, was ehemalige IMs zu ihrer Rechtfertigung vortragen und was sie in ihrer vermeintlichen Opferrolle noch zusätzlich bestärkt, wenn sie bei ihrer Aufdeckung durch die BStU, öffentliche Dienststellen und Arbeitgeber nicht ausreichend gehört oder von eigener Akteneinsicht ausgeschlossen wurden. Am Ende ihrer Studie stellen die beiden Autoren selbst „die Frage, wer ist eigentlich ein Täter. Derjenige, der aus Überzeugung, wegen beruflicher Vorteile oder aus Rache und Neid Verrat beging oder auch derjenige, dem man mit Haft oder Wegnahme des Kindes drohte und der die Folgen nicht ertragen zu können glaubte.“ Das ist nicht nur eine Grenzfrage der Psychologie, sondern auch der Ethik und der persönlichen und politischen Moralauffassung. Eine verbindliche Antwort haben weder die „Birthler-Behörde“ noch die Psychoanalytiker, noch Gerichte und Arbeitgeber, obwohl sie von Fall zu Fall darüber zu befinden haben. Deshalb wird man den Autoren in jedem Fall zustimmen, wenn sie dafür plädieren „zu überlegen, ob der Umgang mit den IM nicht zu mehr Einsicht und Übernahme von Verantwortung führen könnte, wenn man statt pauschaler Verurteilung, wie es oft in der Presse oder bei anonymer Veröffentlichung von Namen ehemaliger IM geschah, bereit wäre, die Darstellung der Betroffenen über ihre Vergangenheit anzuhören.“

Hannes Schwenger

Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 541 Seiten, 42,90 Euro.

Das Buch beginnt mit steiler Überheblichkeit und in schlechtem Deutsch. Judenfeindlichkeit sei „in jüngerer Zeit wieder verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden“, behauptet der Verfasser gleich zu Beginn der Einleitung, um daraus seine Schlußfolgerung zu ziehen: „Antisemitismus ist somit erneut in den Fokus der politischen Kultur gerückt, entgegen weithin gängiger Beschwörungen, es handele sich nur um ein Problem der Vergangenheit.“ Mit „jüngerer Zeit“ meint der Autor, wie aus seinen Hinweisen auf die von ihm ins Auge gefaßten Diskussionen um Möllemann/Friedman und Bubis/Walser deutlich wird, nicht etwa die vergangenen dreißig Jahre. Was also „verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatte geworden“ sein soll, ist allenfalls die durch einschlägige Statistiken angeblich „nachgewiesene“ Existenz antisemitischer Vorurteile in der „Mitte der Gesellschaft“. Die Art und Weise des Zustandekommens solcher Statistiken, auf die sich der Autor in seiner Arbeit immer wieder beruft, ist aber gerade ein Teil des Glaubwürdigkeitsproblems ihrer Erzeuger. Wenn man den Antisemitismus in der „Mitte der Gesellschaft“ benötigt, um die Relevanz hochdotierter Umfragen und einer eigenen „Überaufgabe“ auszuweisen, dann wird er sich durch geeignete Fragestellungen dort auch finden lassen.

So verbreiten dann selbsternannte Gedankenpolizisten im Gewande der Politikwissenschaft ihre Vorurteile über die Vorurteile unter ihren Mitbürgern. Wer sich von solchen Zumutungen angesprochen fühlt, wird Rensmanns Dissertation mit Gewinn lesen. Dazu gehört freilich auch die Bereitschaft, sich sei-

tenweise schwerste sprachliche Kost zuzumuten. Der Fokus, über den die politische Kultur angeblich verfügt, gehört da noch zu den leicht durchschaubaren Blickverengungen.

Der Autor fordert in seinen Erläuterungen zu „Methodologie, Methodik und Forschungsdesign“ seiner Arbeit, die Politik- und Sozialwissenschaften sollten sich „generell soweit als möglich von einem ‚Ausdrucksdenken‘ verabschieden, das ein bestimmtes soziales Handeln als bloßen Ausdruck von etwas anderem“ begreift. Er suche hingegen, „jene Faktoren in ihren politischen Interaktionsprozessen in Beziehung zu setzen“, die es ihm erlauben in einem „Mehrebenenmodell“ eine „sinnvolle und triftige analytische Konzeptionalisierung wie empirische Deutung der spezifisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen, ideologischen Mobilisierungen von Antisemitismus und seiner öffentlich-politischen Akteure in der gegenwärtigen Demokratie“ vorzunehmen. Später im Text wird Rensmann dann konkreter und läßt erkennen, was mit diesem hochmögenden „Forschungsdesign“ gemeint ist. Als Beispiel für einen Interaktionsvorgang, in dem sich „Antisemitismus in öffentlichen Konflikten der ‚Berliner Republik‘“ ereignet, führt Rensmann einen FAZ-Kommentar von Volker Zastrow an. Zastrow habe Michel Friedman im Juli 2003 als medialen „Dreckwäscher“ bezeichnet, der mit „eitler Leidenschaft“ unter dem Banner des öffentlichen Interesses seine „Ware“ vertreibe. Wörtlich zitiert Rensmann sodann eine Passage des FAZ-Kommentars, in dem es hieß, Friedmans Judentum habe „ihm den Schutz der jüdischen Gemeinschaft eingetragen: Er konnte so verletzend sein, weil er als unverletzlich galt, sich unverletzlich dünkte“.

Abgesehen davon, daß Zastrows Kommentar völlig zutreffend war, stört er den Antisemitismusforscher Rensmann

vor allem wegen Zastrows darin enthaltener Beobachtung, daß es in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit eine Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen gibt. Das nämlich trifft haargenau auch auf die bei Rensmann aufzufindenden Interaktions-Konstruktionen zu. Er stellt den FAZ-Kommentar in den Kontext seiner Hypothese, daß „der politisch-kommunikative Erosionsprozeß einer partiellen ‚Enttabuisierung‘ stereotyper Judenbilder insgesamt in der Öffentlichkeit noch kein Ende gefunden hat“. Es sei, heißt es am Ende der Dissertation unter der Überschrift „Resümee und Forschungsperspektiven“, eine „zunehmende Tendenz zu erkennen, modernisierten Antisemitismus öffentlich zu machen und zu vertreten“. Ein weites Feld also für weitere „Forschungsperspektiven“.

Wo aber bleibt das Positive? Es ist vorhanden – im Prinzip schon dadurch, daß eine Beschäftigung mit Erscheinungen des Antisemitismus in Deutschland eine unerläßliche politische und moralische Verpflichtung ist. Was für die „Verdachtsberichterstattung“ im Pressewesen möglich sein muß, kann auch für eine „Verdachtswissenschaft“ gelten. Selbst wenn Rensmanns Ansatz die Analyseschärfe in der Sache eher eintrübt, ist die Befassung mit antisemitischen Vorurteilen immer von Belang.

Die Dissertation enthält hierzu neben vielen Überinterpretationen auch einige zutreffende Befunde. So etwa die Feststellung des Zusammenhang von „Globalisierungs- und israelfeindlichen“ wie auch „gegen Juden gerichtete verschwörungstheoretische Ideologeme und Vorstellungen sowie Ressentiments gegen die ‚amerikanische Ostküste‘“. So die Beobachtung, daß „neue Mobilisierungen der extremen Rechten und von Teilen der radikalen Linken wahrzunehmen“ sind, „in denen sich beide ideologisch annähern“, was sich freilich

nicht, wie der Autor wiederum meint, erst „in jüngerer Zeit“ zugetragen hat, sondern bis in die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückverfolgen ließe. Hier liegen auch die Wurzeln des von Rensmann zutreffend beschriebenen „Antizionismus“ in der DDR sowie die dort gepflegte Ignoranz gegenüber der jüdischen Geschichte in Ost- und Mitteleuropa sowie dem israelischen Staat. Da wundert es nicht, daß sich in Teilen der Ostprovinz antisemitische Haltungen öffentlich Bahn brachen, als dort nach 1989 das Gut der freien Meinungsäußerung Einzug hielt. Nur liegt die „Mitte der Gesellschaft“ dort Gott sei Dank nicht. Gegen offenen Antisemitismus ist die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland weitgehend immun. Gegen den Randgruppen- und Stammtischantisemitismus hilft nur eine kontinuierliche öffentliche Befassung mit solchen Erscheinungen. Aufklärung eben, ganz im Sinne der alten Frankfurter Schule.

Jochen Staadt

Schafranek, Hans/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Krieg im Äther – Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg. Wien: Picus Verlag 2004, 367 Seiten, 26,90 Euro.

Die Herausgeber waren Referenten der im November 2001 in Berlin von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gemeinsam veranstalteten Tagung, deren überarbeitete Referate hier abgedruckt werden. Dort wurden Zwischenergebnisse des Forschungsprojektes „Fallschirmagenten der UdSSR im Zweiten Weltkrieg“ vorgestellt. Zugleich wurden weit über dieses Projekt hinausreichende Fallstudien präsentiert.

Ohne weitere Umstände nehmen die Herausgeber mit der Tatsache, daß seit 1935 der Nationalsozialismus recht offenkundig nur mit Hilfe von „Anlehnungsmächten“ zu stürzen war, auch die Legitimität der Zusammenarbeit von Widerständlern und Widerstandsgruppen mit ausländischen Nachrichtendiensten an. Ohne ihnen im Ergebnis zu widersprechen, hätte diese Annahme doch eine gewisse Diskussion verdient. Das scheinen Schafranek/Tuchel schließlich auch selbst zu sehen, wenn sie mit dem Band beitragen wollen, „das historische Geschehen vom Odium der Spionage, des Agententums [...] zu befreien“. Wäre die Legitimität der Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten so fraglos, könnte es kaum ein Bedürfnis für diese Aufgabe geben. Dann wären auch die Skrupel, die viele Widerständler überwinden mußten, kaum nachvollziehbar.

Auch nicht die in den fünf Nachkriegsjahrzehnten wechselnde und bisweilen sehr gegensätzliche Einschätzung des inneren und des von Emigranten und Flüchtlingen ausgehenden Widerstandes, die Peter Steinbach im ersten Beitrag „Der Kampf gegen den Nationalsozialismus – von außen“ engagiert nachzeichnet (schade, daß weder er noch ein anderer der Referenten auf ein so exemplarisches Schicksal wie das des Konsularbeamten Fritz Kolbe eingehen). Seine eher kritische Reminiscenz an die „prinzipielle Unterscheidung in einen angeblich totalitären und einen antitotalitären Widerstand“ einerseits und die Wiedergabe des Vorhalts an die „nationalkonservativen Regimegegner“, sie seien „vielfach in vor-demokratischen Vorstellungen befangen gewesen“ andererseits, lassen solches Engagement durchscheinen.

Etliche sorgfältige, oft höchst detailreiche Beiträge, spannende gar, wie der von Peter Erler „Zum Wirken deutscher ‚Sowjetagenten‘ auf dem asiatischen

Kontinent und ihrem weiteren Lebensweg in der SBZ/DDR“, stehen in einem eher lockeren Verhältnis zu dem im Untertitel beschriebenen Gegenstand des Bandes. So Nikita Petrows alle Phasen nachzeichnende Darstellung über „Die allgemeine Struktur der sowjetischen Sicherheitsorgane und die Organisation der Diversionstätigkeit in den Kriegsjahren 1941 bis 1945“ und mit ähnlichem Schwerpunkt die Beiträge von Wolfgang Neugebauer („Zur Struktur, Tätigkeit und Effizienz des NS-Terror systems in Österreich“) und Franz Weisz („Die Nachrichtendienste von Gestapo, SD und Wehrmacht“).

Dem Kern des Themas weit näher ist Peter Hubers Beitrag „Sowjetische und parteikommunistische Nachrichtenkanäle in der Schweiz (1937–1944)“, dessen Gegenstand allerdings dem von den Herausgebern gesteckten Ziel, das „historische Geschehen vom Odium der Spionage, des Agententums [...] zu befreien“, eher zuwiderläuft. Ungeachtet der höchst sorgfältigen und systematischen Darstellungsweise ist Hans Schafraneks Beitrag „Unternehmen ‚Nordpol‘ – Das ‚Englandspiel‘ der deutschen militärischen Abwehr in den Jahren 1942–1944“ zu einem „Krimi“ geraten. Dieses zu den erfolgreichsten Operationen der deutschen Geheimdienste zählende Funkspiel mit der englischen Abwehr ist zwar schon kurz nach dem Krieg bekannt geworden, aber erst jetzt durch Schafranek historisch-kritisch dargestellt, unter umfangreicher Auswertung niederländischen und britischen Materials. Er macht sichtbar, mit wieviel Patriotismus und Opferbereitschaft sich Niederländer unterschiedlichster Herkunft der niederländischen Sektion des britischen Geheimdienstes für den Einsatz in den Niederlanden zur Verfügung stellten und wie wenig die Vorbereitung und Durchführung ihres Einsatzes durch den

britischen Dienst dem Risiko gerecht wurde, das sie auf sich nahmen.

Eins bleibt auch hier anzumerken: Zum einleitend von Schafranek beschriebenen Gegenstand des Sammelbandes, der „Geschichte der Beziehungen zwischen deutschen Widerstandskämpfern und Nachrichtendiensten anderer Mächte“, fügt sich der Einsatz holländischer Widerstandskämpfer gegen die deutschen Besetzer ihres Landes nicht unmittelbar. Während Hans Coppi, „Der tödliche Kontakt mit Moskau – Berliner Funkspiele des RSHA“, als Teil des „Rote Kapelle“-Komplexes das von der Gestapo mit Hilfe des von ihr erpreßten Fallschirmagenten Roberth Barth betriebene Funkspiel aufgearbeitet hat, ist Johannes Tuchel, „Das Ministerium für Staatssicherheit und die Fallschirmagenten der Roten Kapelle – Der Fall Albert Höbner“ der „Nachbearbeitung“ dieses Stückes Widerstandsgeschichte nachgegangen.

Sein kritischer Gang durch die historische Darstellung der „Roten Kapelle“ kann auch als Beitrag zur inneren Einigung Deutschlands gesehen werden. Für den SED-Staat, der von Anbeginn den Antifaschismus zu seiner Legitimierung instrumentalisiert hat, versuchten dessen Tschekisten im MfS etwa seit der Mitte der sechziger Jahre, die „Rote Kapelle“, die bis dahin als (von der Exil-KPD angeleitete) Widerstandsgruppe dargestellt worden war, für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Durch Zurechtbiegen und Verfälschen des ihnen zugänglichen historischen Befundes machten sie aus der „Roten Kapelle“ einen Vorläufer der geheimdienstlichen Zusammenarbeit von MfS und KGB. Unter Hervorheben angeblich bewußter Geheimdienstarbeit unter den Bedingungen der NS-Diktatur wurde die „Rote Kapelle“ für die Traditionspflege des MfS als dessen „antifaschistische Wurzel“ nutzbar gemacht. Dazu mußte die Biographie eines Mit-

glieds der Roten Kapelle „aufgearbeitet“ werden. Wer immer irgendwann, und sei es unter der Gestapo-Folter, nicht den Forderungen der Partei gerecht geworden war, kam für eine mit den sowjetischen „Freunden“ abzuspreekende posthume Ehrung nicht in Frage. Der Fallschirmagent Albert Hößler, der bis zu seiner schnellen Festnahme nach wenigen Wochen vergeblich einen Funkkontakt nach Moskau aufzubauen versucht hatte, erschien geeignet. Seine Parteilaufbahn, seine Einsatzaufgabe, seine Erfolge bis zur Festnahme, seine Haltung bei der Gestapo wurden heldengemäß ausgebaut. Schließlich wurden sogar verfälschte Briefe Hößlers an seine Frau „dem Zweckrationalismus der Traditionsbildung eines Nachrichtendienstes unterworfen“, wie Tucher sehr zurückhaltend das wahrheits- und menschenverachtende Tun des MfS beschreibt. Beiträge von Michael F. Scholz („Die sowjetische Spionage in Schweden während des Zweiten Weltkrieges im Spiegel der VENONA-Telegramme“), Vladimir Chaustov („Operative Gruppen sowjetischer Fallschirmagenten in den Kriegsjahren“), Stanislav Kokoska („Das Referat III F der Abwehrstelle Prag im Kampf gegen alliierte Nachrichtendienste 1941–1944“), Jan Foitzik („OSS-Aktivitäten in Deutschland 1944/45“) sowie Kurt Hälkers Erlebnisbericht über seine Fallschirmspringerausbildung „Kurz vor Schluß in St. Germain oder Risikovolles Finale“ vervollständigen diesen Sammelband. Ein bunter Band, der ein breites Spektrum zeitgeschichtlicher Interessen bedient – etwas Finderglück vorausgesetzt.

Wilhelm Mensing

Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch. Berlin: Akademie Verlag 2003, 695 Seiten, 69,80 Euro.

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004. Hrsg. von Hermann Weber, Egbert Jahn, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik und Ehrhart Neubert. Berlin: Aufbau-Verlag 2004, 464 Seiten, 75 Euro.

Mit dieser Publikation legt der Berliner Historiker und Bucharin-Spezialist Wladislaw Hedeler eine voluminöse, mit ausführlichen Dokumentenauszügen, Zitaten sowie Zahlen- und Faktenmaterial kombinierte Zeittafel über den sowjetkommunistischen Massenteror in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre vor, an deren Zusammenstellung er seit über einem Jahrzehnt gearbeitet hat.¹ Dabei beschränkt er sich nicht nur auf die Darstellung der vier geplanten und der drei durchgeführten zentralen Straftribunale gegen die vermeintlichen Feinde der bolschewistischen Bewegung, wie der Titel vermuten läßt, sondern widmet sich auch dem Verlauf und den Auswirkungen der stalinistischen Gewaltorgie auf den unterschiedlichen Ebenen in Partei, Staat und Gesellschaft sowie in der Kommunistischen Internationale. Neben Daten und Fakten über die Verfolgung der kommunistischen Eliten macht Hedeler Angaben über die Repressalien gegen die sowjetische Intelligenz, den „einfachen Mushik“ und gegen ganze Volksgruppen bzw. Völkerschaften. Im Zusammenhang mit den „nationalen Operationen“ des NKWD ab Mitte 1937 tauchen in der Ausarbei-

¹ Ein erstes Zwischenergebnis veröffentlichte Hedeler unter dem Titel „Planung, Inszenierung und Wirkung der Moskauer Schauprozesse von 1936, 1937 und 1938 in der UdSSR. Eine Chronik“ 1996 beim Berliner PDS-Bildungsverein „Helle Panke“.

tung häufig die Namen deutscher Emigranten, KI-Mitarbeiter und Wirtschaftsspezialisten auf.

Es bleibt jedoch unklar, nach welchen Auswahlprinzipien die Chronikeinträge vorgenommen wurden. Welche Relevanz für das behandelte Thema haben zum Beispiel die Verweise auf Bucharins lyrische Aktivitäten oder der Hinweis auf die Rückkehr des KARLag-Kommandanten von einer Dienstreise aus Moskau (S. 428).

Die Arbeit Hedelers basiert auf der Auswertung ausgewählter Dokumente aus den Nachlässen von Bucharin, Jeshow, Kamenew, Stalin und Sinowjew im ehemaligen Parteiarchiv der KPdSU, einzelner Materialien aus dem Geheimdienstbestand „Moskauer Schauprozeß 1938“ sowie von Memoiren, Tagebüchern, der zeitgenössischen Presse und der seit 1989 in der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten veröffentlichten Fachliteratur. Der unkritische Umgang mit zumindest einigen dieser Quellen führte jedoch zur Übernahme der dort enthaltenen inhaltlichen Fehler. Im Zusammenhang mit dem verwendeten Ausgangsmaterial drängt sich auch die Frage auf, warum die Chronikeinträge nur selektiv mit Herkunftsvermerken versehen wurden.

Durch einen wahrhaft enzyklopädischen Charakter zeichnet sich der umfangreiche Anhang aus. Neben einem Literatur- und einem fast 150 Seiten umfassenden kommentierten Namensverzeichnis enthält er unter anderem eine Liste mit den Angeklagten der Moskauer Schauprozesse, eine Aufstellung sowjetischer Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, der Redner auf den ZK-Beratungen 1937 und der Besucher in Stalins Kabinett, eine detaillierte Übersicht der Leitung und Struktur des NKWD-Apparats und Angaben über normative Dokumente der Geheimpolizei sowie der von ihr getroffenen Maß-

nahmen und Operationen zur Aufdeckung vermeintlicher Verschwörungen.

Vorangestellt ist der Chronik ein Essay des Philosophen und Kant-Kenners Steffen Dietzsch. Er interpretiert den „Großen Terror“ als eine Reaktion auf das alltägliche ökonomische und kulturelle Scheitern der sozialen Befreiung und als eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung einer Lügenwelt in der Sowjetunion (S. XXIV). Die verdienstvolle mosaiksteinartige Darstellung Hedelers sollte jedoch nicht den Eindruck hervorrufen, daß der ausufernde stalinistische Verfolgungswahn in den Jahren 1936 bis 1938 in der UdSSR eine einmalige Erscheinung war. Weitere, nicht weniger schreckliche Repressionswellen mit Hunderttausenden Opfern folgten nach Kriegsbeginn 1941 und in der 1946 begonnenen Ära des MGB-Chefs Wiktor Abakumow.

Das *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* wird seit dem letzten Jahr im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegeben. Der Wechsel von der Universität Mannheim nach Berlin war auch mit einem personellen Austausch im Herausgeberkollektiv verbunden. Nach dem Ausscheiden von Wissenschaftlern aus Mannheim kamen der Bochumer Historiker und stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Aufarbeitung Bernd Faulenbach, der Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die MfS-Unterlagen, Ehrhart Neubert, und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, Manfred Wilke neu hinzu.

Den Schwerpunkt der Ausgabe 2004 bilden Beiträge über die Geschichte der Komintern sowie der Sowjetunion und deren Führer. Bernhard H. Bayerlein (Mannheim) entwirft in einer Dokumentation mit dem Titel „Das neue Babylon“ erstmals ein umfassendes Strukturmodell der Kommunistischen Inter-

nationale (KI), die er als einen „weltpolitischen, größtenteils unter russischer bzw. sowjetischer Kontrolle agierenden Global Player“ bezeichnet. Die Dokumentation soll auch die Diskussion unter den Fachhistorikern anregen. Schon jetzt ist abzusehen, daß es dabei unter anderem um den quellenkritischen Umgang mit der archivalischen Hinterlassenschaft und der internen Terminologie der KI gehen wird.

So behandelt Bayerlein zum Beispiel Sendereihen oder Unterredaktionen wie selbständige Radiosender. Die Vielzahl an Schulumrichtungen und Weiterbildungskursen hat den Autor offensichtlich irritiert, so daß er einige davon doppelt aufzählt, so zum Beispiel die „Antifa-Schule der Kriegsgefangenen, Oranki“ und die „Kriegsgefangenen-schule Oransk“ auf S. 254/256. Zwei informative Spezialstudien zum Wirken der Kommunistischen Internationalen in Österreich und Persien legen Verena Moritz und Hannes Leidinger (Wien) bzw. Cosroe Chaqueri (Paris) vor.

Der Aufsatz von Matthias Uhl (Berlin) beschreibt die Auswirkungen der stalinistischen Verfolgungspraxis auf den militärischen Nachrichtendienst der UdSSR (GRU). Bisher konnte er die Namen von 263, mehrheitlich führenden GRU-Mitarbeitern ermitteln, die unter falschen Anschuldigungen verhaftet und zum überwiegenden Teil erschossen worden sind. Der Moskauer Historiker Alexander Vatlin präsentiert zwei Dokumente vom Dezember 1938. Darin geht es um die Sicht von NKWD-Mitarbeitern der Kreisdienststelle Kunzewo auf „Dienstverstöße“ in den vorangegangenen Monaten. In der Umgebung des kleinen Moskauer Vororts hatten die Tschekisten 1937/38 einen regelrechten Wettbewerb zur Festnahme von „Volksfeinden“ entfacht. Etwa 600 unschuldige Bürger, aus denen man „Geständnisse“ herausprügelt hatte, wurden zur Aburteilung in die Landes-

hauptstadt überwiesen. Die Artikel von Jean-Jacques Marie (Paris) und Samson Madievski (Aachen) setzen sich mit der schicksalhaften Rolle Lenins und Stalins in der Geschichte des Sowjetstaats auseinander. Mit der Veröffentlichung unbekannter Dokumente aus dem ehemaligen Parteiarchiv der KPdSU offeiert Michael Prosumenschschikow (Moskau) neue Details über den Sturz Nikita Chruschtschows im Oktober 1964.

Weitere Forschungsbeiträge setzen sich mit Teilaspekten der KPD- und der SED/DDR-Geschichte auseinander. Besonders hervorzuheben ist die Studie von Wilhelm Mensing (Bonn). Darin legt der Bonner Regionalforscher seine Rechercheergebnisse über die bisher weitestgehend tabuisierte Tätigkeit von V-Leuten kommunistischer Herkunft bei der Gestapo und anderen NS-Nachrichtendiensten am Beispiel von Rhein und Ruhr vor (vgl. dazu auch Wilhelm Mensings Artikel in dieser ZdF-Ausgabe).

Weitere Untersuchungen auf diesem Gebiet sollten dabei der immer wieder gestellten Frage nachgehen, ob die deutschen Geheimdienste ihre Informanten auch unter den Polit- und Wirtschaftsemigranten in der Sowjetunion positionieren konnten. So könnte geklärt werden, ob die allgegenwärtige Spionagemanie während der „Säuberungen“ einen realen Hintergrund hatte.

Abgerundet wird das Jahrbuch durch verschiedene Aufsätze zu historiographischen und geschichtspolitischen Themen. Im Vergleich mit vorherigen Ausgaben vermißt der Rezensent jedoch die biographischen Skizzen und Porträts sowie die Vielfalt bei den partei- und länderspezifischen Studien.

Peter Erler

Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin: Karl Dietz Verlag 2004, 992 Seiten, 49,90 Euro.

Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Berlin: Ch. Links Verlag 2004, 740 Seiten, 34,80 Euro.

Hermann Weber hatte schon im Jahre 1969 im zweiten Band seines Werkes *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik* Kurzbiographien und Fotos von 500 Funktionären der KPD vorgelegt. Das im letzten Jahr erschienene Handbuch, das 1.400 Biographien und 800 Fotos enthält, konnte die bis 1990 gesperrten Aktenbestände des Zentralen Parteiarchivs der SED und des Moskauer Kominternarchivs auswerten.

Aufgenommen in dieses Handbuch wurden die Mitglieder der zentralen Organe der Partei und ihre wichtigsten Mitarbeiter, die deutschen Mitglieder der Führungsgremien der Komintern, die wichtigsten Funktionäre der Bezirke, die Chefredakteure der kommunistischen Parteizeitungen, die leitenden Funktionäre der Massenorganisationen, die Leiter der Geheimapparate, die Führer der illegalen KPD nach 1933 und die Teilnehmer an den Konferenzen von „Brüssel“ (1935) und „Bern“ (1939). Schließlich enthält das Handbuch auch die Biographien von Theoretikern, Künstlern und Schriftstellern, die als deutsche Kommunisten populär waren oder in der Emigration eine Rolle spielten.

In seiner Einleitung skizziert Weber die Entwicklung der KPD von einer „radikal-marxistischen Partei“ zur „Hilfs-truppe der UdSSR Stalins“. Er charak-

terisiert das Führungskorps der KPD, dessen innerparteiliche Kämpfe und Säuberungen tiefe Spuren hinterlassen haben. Von den 59 Spitzenfunktionären der Jahre 1918 bis 1939 wurden 23 aus der KPD ausgeschlossen, drei traten selbst aus. Sieben waren Opfer der Hitler-Diktatur, acht der Stalinschen „Säuberungen“. Von den 1.400 Funktionären, deren Biographien in diesem Buch vorgestellt werden, sind über 400 gewaltsam ums Leben gekommen, 222 unter Hitler, 178 unter Stalin.

Trefflich beschreibt Weber als Ergebnis der Stalinisierung der Partei den „Prototyp des ergebnen Funktionärs, der jederzeit die (oft wechselnde) Linie kritiklos mitmachte, der sich freiwillig unterordnete und wie ein ‚Parteisoldat‘ Disziplin einhielt. Nach außen, gegenüber dem Feind, war er kämpferisch und selbstlos einsatzbereit, aber innerhalb der Organisation völlig angepaßt: mit seiner Parteidisziplin zeigte er mangelnde Zivilcourage, war [er] ein Untertan“. Für die Biographien sind beide Autoren verantwortlich, den Anhang besorgte Andreas Herbst. Er enthält die Liste der Mitglieder der auf den zwölf Parteitag, der „Brüsseler“ und der „Berner“ Konferenz gewählten Führungsgremien (Zentrale, ab 1925 ZK) sowie der Leiter der nach 1933 entstandenen sechs Abschnittsleitungen.

Die Aufstellung der dreißig KPD-Bezirke enthält die Namen der Polleiter und Orgleiter, die zwischen 1919 und 1933 diese Funktion ausübten. Der Anhang wird abgeschlossen durch das Verzeichnis der kommunistischen Abgeordneten des Reichstags und der Landtage zwischen 1919 und 1933 (mit Wahlergebnissen) sowie ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis. Den Biographien kann man entnehmen, wie häufig führende Funktionäre versetzt wurden. So wurde August Creutzburg 1923 Orgleiter des Bezirks Magdeburg, 1924 Polleiter des

Bezirks Wasserkante, 1925 Polleiter des Bezirks Niederrhein, 1928 Orgleiter des Bezirks Ruhr, 1929 Leiter der Orgabteilung des ZK. Häufig findet man Hinweise auf „strenge Rügen“, „Kapitulation“ nach vorübergehender Zugehörigkeit zu einer der Abweichung von der Parteilinie bezichtigten „Gruppe“ und Versetzung in eine untergeordnete Funktion. Die meisten Funktionäre ertrugen solche Demütigungen, weil sie ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten und sich ein Leben außerhalb des „Bannkreises der Ideologie“ nicht vorstellen konnten.

Erschütternd sind Auszüge aus Dokumenten wie dem Kassiber Hugo Eberleins an Wilhelm Pieck über ein Verhör, das ununterbrochen zehn Tage und Nächte dauerte: „Das Verhör bestand in der Erhebung der sinnlosesten Anschuldigungen und wurde durch solche Faust- und Fußschläge begleitet, daß ich nur unter schrecklichsten Schmerzen stehen konnte. Die Haut platzte, in den Schuhen sammelte sich Blut.“ Unübersehbar sind die Funktionäre, die nach 1949 wegen früherer Zugehörigkeit zu „partei-feindlichen“ Gruppierungen, Begegnungen mit Noel Field oder angeblicher Spionage langen Untersuchungen ausgesetzt, degradiert, ausgeschlossen oder gar zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Auch wenn man die Beurteilung einiger Funktionäre durch die beiden Autoren nicht immer teilen mag, hat man es mit einem Standardwerk zu tun, das für jeden, der sich intensiv mit der Geschichte des deutschen Kommunismus beschäftigen will, unverzichtbar ist.

Der Sammelband *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR* besteht aus 37 Beiträgen, die aus Vorträgen hervorgegangen sind, die auf der 45. Internationalen Tagung für Militärgeschichte in Potsdam (18. bis 21. März 2003) gehalten wurden. Wie die beiden Herausgeber hervorheben, waren in den „militä-

rischen und paramilitärischen Organen, den Schutz- und Sicherheitskräften sowie anderen Suborganisationen der Landesverteidigung der DDR [...] mit annähernd zehn Prozent der werktätigen Bevölkerung relativ mehr Menschen erfaßt als in jedem anderen Staat des Warschauer Paktes, einschließlich der Sowjetunion“. Nahezu elf Prozent des Nationaleinkommens wurden für Verteidigung und „innere Sicherheit“ aufgewendet, was deutlich über den entsprechenden Ausgaben vergleichbarer Staaten lag (Rainer Karlsch). Die NVA war eine Parteiarmee, das Politbüro und der ihm nachgeordnete Nationale Verteidigungsrat (NVR) hatten in allen militärischen Fragen die höchste Entscheidungskompetenz.

Die von den Sowjets geforderte Professionalisierung und Modernisierung der NVA setzte allerdings der Intervention durch die Partei Grenzen. Dieser „Grundkonflikt“ bestand bis 1989 (Daniel Giese). Matthias Uhl beschreibt, wie die Sowjetunion zwischen 1962 und 1965 die Staaten des Warschauer Paktes mit modernster Technik und Bewaffnung, darunter Kernwaffen und Raketen, ausrüstete. Damit sollten die Armeen, einschließlich der NVA, „zu offensiven Handlungen und zur schnellen Zerschlagung des Gegners in kürzester Frist auf seinem Territorium“ befähigt werden. Die Kernwaffen befanden sich allerdings bis zum möglichen Moment des Starts unter sowjetischer Kontrolle. Torsten Dietrich charakterisiert die Staaten des Warschauer Paktes als „militarisierten Sozialismus“, der durch „Hierarchisierung der Gesellschaft durch die Übertragung militärischer Prinzipien und Strukturen, Organisationsformen sowie Denk- und Verhaltenweisen auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sowie die Pflege militärischer Formen und Rituale“ gekennzeichnet war. Beate Ihme-Tuchel bezeichnet die Armee in ihrem

Beitrag nach den Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und politischen Vorfeldorganisationen wie den Pionieren oder der FDJ als „die letzte bedeutende Sozialisationsinstanz, die der Erziehungsdiktatur einen umfassenden und auch nachhaltigen Zugriff auf den Einzelnen gewährte“.

Etwas aus dem Rahmen fällt die fiktive Biographie „Familie Franzkes Wehrbeitrag“ von Clemens Heitmann. Sie gibt einen Einblick in die vielfältigen paramilitärischen Strukturen, die in einer märkischen Gemeinde mit etwa 2.500 Einwohnern geschaffen wurden. Alle Bewohner, Männer und Frauen, von den Schülern und Lehrern bis zu den Beschäftigten der LPG und des Landmaschinenkombinats, sollten auf den Kriegszustand vorbereitet werden, was sogar Schutzmaßnahmen in einem möglichen Atomkrieg einschloß. Heitmann macht auch Angaben über die Zivilverteidigung, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die vormilitärische Ausbildung an den Hoch- und Fachschulen und über den Wehrkundeunterricht.

Verschiedene andere Beiträge heben hervor, daß die Militarisierungsbestrebungen des Regimes mehrfach auf Ablehnung stießen. So äußerte in den fünfziger Jahren ein Berliner Gewerkschaftsfunktionär, daß nur ein Drittel der Bevölkerung die Schaffung der NVA gebilligt habe. Die bis zur Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1962 notwendige Werbung für den Dienst in der KVP/NVA entzog der unter ständigem Produktivitätsdruck stehenden Wirtschaft häufig die benötigten Arbeitskräfte (Corey D. Ross). Günter Glaser kommt nach Auswertung von bis 1989 unter Verschuß gehaltenen Erhebungen zu dem Ergebnis, daß in den achtziger Jahren schließlich fast die Hälfte der Soldaten, ein Drittel der Unteroffiziere und ein Viertel der Offiziere die Entwicklung der DDR nicht mehr bejahten.

Rüdiger Wenzke beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit dem „Innenleben“ der NVA. Dabei bringt er die „EK-Bewegung“ zur Sprache, die Ausbeutung, Demütigung und Schikane der Wehrpflichtigen des ersten und zweiten Diensthalbjahres durch die Entlassungskandidaten des dritten Halbjahres. Dabei stellt er fest, daß dieses Phänomen entweder systemkritische Tendenzen aufweisen (Einschüchterung von SED- und FDJ-Mitgliedern) oder aber durch Disziplinierung den reibungslosen Dienst- und Ausbildungsbetrieb unterstützen konnte. Großen Ärger bereiteten der NVA-Führung Fälle von antisowjetischen, antisemitischen und nazistischen Äußerungen. Dazu gehörten neben Hakenkreuzschmierereien auch die symbolische „Verleihung“ von SS-Dienstgraden und Durchführung von Feiern zum „Führergeburtstag“, an denen sich in Einzelfällen auch Offiziere und SED-Mitglieder beteiligten. Solche und andere Disziplinarverstöße ahndete ein rigides Strafsystem, das im „Armeeknast“ Schwedt gipfelte.

Klaus-Peter Möller resümiert seine Untersuchung der DDR-Soldatensprache mit den Worten: „In der verwendeten Lexik offenbart sich das Militär in der DDR auf allen Ebenen als ein pervertiertes, menschenverachtendes Zwangssystem, geprägt von rigider Unterordnung und Unterdrückung.“ Das Familienleben von Berufssoldaten litt unter der ständigen Gefechtsbereitschaft, langer Arbeitszeit, häufigem Dienst an Wochenenden, Wohnungsknappheit und schlechter Infrastruktur in den „Einödstandorten“. Das führte zu großer Unzufriedenheit vieler Ehefrauen, die keine Möglichkeit zu angemessener Berufsausübung und ausreichender Versorgung ihrer Kinder hatten. 1972 hätten nur elf Prozent der Befragten ihrem Sohn geraten, einen militärischen Beruf zu ergreifen (Matthias Rogg). Im letzten Abschnitt dieses Sammelbandes

schreibt Hans Ehlert über die NVA im Vorfeld der deutschen Einheit. Er betont, daß das NVA-Militär die nach der Volkskammerwahl vom 18. März eingesetzte unerfahrene neue politische Führung unter Minister Rainer Eppelmann trotz aller Enttäuschung loyal unterstützte. Der Chef der NVA, Admiral Theodor Hofmann, verhinderte das Abgleiten der NVA ins Chaos und übergab sie als „Armee ohne Zukunft“ diszipliniert an die Bundeswehr. Die Betroffenen müssen trotz der positiven Bewertung ihrer Rolle in der Endphase der DDR mit dem Urteil leben, daß die NVA als „Armee der Partei“ zu den Stützen der Diktatur in der DDR gehörte und keine wirkliche „Armee des Volkes“ war.

Zu bemängeln ist, daß die für die „Verzahnung militärischer und paramilitärischer Personen und Strukturen mit Politik, Staat und Gesellschaft“ (Jörg Duppeler) wichtige Honecker-Ära in mehreren Beiträgen zu kurz kommt. Einige Beiträge wären durchaus verzichtbar (allein drei über den Kalten Krieg ohne direkten Bezug auf die bewaffneten Organe der SBZ/DDR). Auf dem Vorsatz des Buches ist das Organigramm „Gesamtführung der DDR im Verteidigungszustand“ wiedergegeben, für das als Quelle das vom Rezensenten verfaßte Buch *Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989* angegeben wird. Dieses Dokument wird aber nicht erläutert, von der Funktion der dort dargestellten Bevollmächtigten des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des NVR ist nirgends die Rede. Die Leiter der Abteilung I der Ministerien (meist Oberst oder Generalmajor) und die B-Kader, die für die Vorbereitung auf den Krieg zuständig waren, werden erwähnt, ohne daß über ihre Tätigkeit nähere Angaben gemacht werden würden. Alles in allem enthält dieser Band, dem man ein Sach- und ein Personenregister gewünscht hätte,

wertvolle Informationen über den SED-Staat.

Otto Wenzel

Pithart, Petr/Příhoda, Petr/Otáhal, Milan: „Wo ist unsere Heimat?“. Aus dem Tschechischen von Frank Boldt. Mit einem Geleitwort von Dr. Eberhard Busek. München: Langen Müller Verlag 2003, 368 Seiten, 24,90 Euro.

Ein böhmischer Leitfaden „Geschichte und Schicksal in den Ländern der böhmischen Krone“ lautet der Untertitel dieser verdienstvollen Studie, die bereits während der Zeit des „real existierenden Sozialismus“ verfaßt und im Untergrund verbreitet worden war. Der Historiker Milan Otáhal, der Mediziner Petr Příhoda sowie der Jurist Petr Pithart zeichnen für diese gemeinsam verfaßte Schrift verantwortlich. Petr Pithart und Milan Otáhal traten in schwerer Zeit in ihrer Heimat der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 bei. Heute ist Pithart Senatspräsident und Otáhal Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik.

Noch in den siebziger und achtziger Jahren hatten sie unter Verfolgung und Berufsverbot zu leiden. Während der Herrschaft des „real existierenden Sozialismus“ hatte Petr Příhoda den Mut bewiesen, unter dem Pseudonym František Jedermann in Westdeutschland einen Band herauszugeben, der unter dem Titel „Verlorene Geschichte“ Bilder und Texte aus dem damaligen Sudetenland dokumentierte. Ein weiterer Band mit dem Titel „Prag. Einst Stadt der Tschechen, Deutschen und Juden“ sollte folgen. An ihm beteiligten sich Eda Kriseová, Petr Pithart und Jiří Gruša. Gruša schrieb in einem Vorwort, daß „Vorarbeiten für das geleistet wurden, was man auch als ‚tschechische Schuldfrage‘ bezeichnen könnte“.

Die vorliegende Ausgabe verfolgt eine ähnlich gelagerte Aufgabe: „Eine der Voraussetzungen für das Erlöschen der Identität einer Nation ist die Unterdrückung des historischen Gedächtnisses“. Tatsächlich bleiben in dem Buch keine schmerzhaften Tabus ausgespart: So wird über „Die seltsame Vergangenheit des neuzeitlichen Böhmen“ berichtet und auf die Ambivalenz der tschechischen Antwort auf den Barock hingewiesen. Neben der Erneuerung der Frömmigkeit hatte der Barock in Böhmen auch eine politische Mission. Dadurch wurde nicht zuletzt eine mentale Zwiespältigkeit kultiviert. Freilich war erst im 19. Jahrhundert die Gegenreformation zu einer stilisierten Fiktion als freudlose „Zeit der Finsternis“ erklärt worden, der „Doba temno“.

Kritisch stellen die Autoren eine wiederkehrende „mangelnde Festigkeit bzw. Unreife des tschechischen Geistes“ fest, deren Minderwertigkeitsgefühle der tschechischen Sache letztlich schade. Ursache dieser Gefühle sei zum einen „die Furcht der Schwächeren“ und zum anderen der geschichtlich bedingte Mangel an einer etablierten führenden politischen Schicht. In der Folge habe sich eine selbstbetrügerische „Als-ob-Mentalität“ der Tschechen entwickelt: „Als ob sie eine ruhmreiche Vergangenheit gehabt hätten, als ob diese auch noch ihre aktuellen Forderungen rechtfertigte, als ob sie eine voll entwickelte und selbständige Nation seien, deren Recht auf ein vollwertiges Leben als solches nur von ihren Feinden verwehrt würde“. Die Autoren belegen, daß derlei Selbstbeschreibungsmodelle zu einer Reduktion der böhmischen Gesellschaft geführt hätten: Deutschböhmern waren zu Deutschen geworden, Juden wurden den Deutschen zugeordnet, und auch die Katholische Kirche war zum Problem geworden, da sie sich nicht einseitig für eine „tschechische Sache“ gewinnen ließ. Vor allem aber

galt es, die Sprache zu retten. Eine der entscheidenden Voraussetzungen hierfür waren die Schulen. Sie waren bereits im 19. Jahrhundert zur „Bastion des Nationalismus“ geworden. Vor solchem Hintergrund geriet Masaryks „Öffnen der Fenster“ nach Europa zur Pioniertat. Vor diesem Hintergrund bewerten die Autoren die Leistungen von Tomáš G. Masaryk kritisch: Daß er die Rolle der Deutschen in Böhmen ausblendete, war verständlich, auch wenn sich das später rächen sollte. Überhaupt gelingt es den Autoren, in sensibler Weise die Sichtweise der Deutschen, aber auch die der Ungarn oder der schlesischen Polen einzubeziehen. Die Autoren verzeichnen die verfehlten Versuche eines Ausgleichs im 19. Jahrhundert und skizzieren vorprogrammierte Konflikte. Nach der Ausrufung der ersten tschechoslowakischen Republik sollten die Deutschböhmern nicht weiter Böhmen, sondern Tschechen sein – bereits die tschechische Sprache kennt hier keinen Unterschied! Nachdenklich stimmt der Umstand, daß die nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ offiziell veröffentlichte Studie eine ernüchternde Rezeption erfuhr. Den Autoren wurde vorgeworfen, Nestbeschmutzer zu sein – eine Reaktion, die man hierzulande gerade von denjenigen kennt, die dem Vaterland den größten Schaden zugefügt haben.

Volker Strebel

Zwerenz, Ingrid/Zwerenz Gerhard: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West. Hamburg/Berlin: Schwarzkopf Buchwerke 2004, 544 Seiten, 29,90 Euro.

Sklavensprache ist eigentlich kein Thema für Gerhard Zwerenz. Er selbst hat sie weder in seinen Büchern noch seinen öffentlichen Auftritten vor Sitzen- und anderen Richtern gesprochen – auch nicht im Deutschen Bundestag, wo der einstige Staatsfeind der DDR als parteiloser Abgeordneter der PDS saß, um sich als ihr bester Freund zu rehabilitieren. Er habe, bekennt er auf Seite 140, „ihrem Staat durch Kritik beizustehen versucht“, aber auch die hat er nicht in Sklavensprache verfaßt.

Nun hat er die Sklavensprache aber doch entdeckt. Nicht bei sich, sondern bei seinem alten Lehrer Ernst Bloch, dessen Schüler zu sein er stets dementiert und der ihn seinerseits vor den Inquisitoren der SED verleugnet hat. Das hindert Zwerenz nicht, sich jetzt als „Blochianer“ zu bekennen und zu definieren: „Was also sind Blochianer? Sie entziehen sich dem Ausbruch der Vulkane, die statt kochender Lava ausgekochte Gangster hervorschleudern. Da ist kein Mitmachen, Mitlaufen, Mitsingen, kein Vertuschen, Vertauschen, Verdummen, da sind wir Ungläubigen dem polnischen Papst nahe, der zum Krieg Nein sagt und dabei bleibt. Die Kirchen und Parteien leiden am Mitgliederschwund. Blochianer brauchen weder Kirchen noch Parteien, können aber drin sein, wenn's beliebt. Wenn jeder Politiker sich als Sonne ausgibt und Planeten um sich sammelt, ist es Zeit, als Komet oder Sternschnuppe zu überraschen. [...] Bloch wurde bisher nur zum Teil entschlüsselt.“

Eben das führen Gerhard Zwerenz und seine Frau und Mitautorin Ingrid, die mit ihm die Leipziger Hörsaalbänke bei Bloch gedrückt hat, auf jene Sklaven-

sprache zurück, in die der Philosoph seine Aufforderung zur permanenten Revolte gekleidet habe. Zwerenz meint sie in Blochs Kapitel über die elf Feuerbach-Thesen im ersten Band des *Prinzips Hoffnung* entdeckt zu haben – in jenem Abschnitt zur elften These, „in der Bloch andere Schlüsse als die Partei zieht, die das Ende der Philosophie dekretiert, während er die ‚Neuheit der Philosophie‘ fordert. Ein schwer sündhaftes Ansinnen, das nur wegen der eskapistischen Formulierung nicht gleich angeklagt wird.“

Und das offenbar so eskapistisch getarnt ist, daß es der Zuspitzung durch Zwerenz bedarf, um in seiner Tragweite erkannt zu werden: „Bloch reflektierte die elfte Feuerbachthese bis hin zu dem daraus folgenden zwingenden Grund der Korrektur, die er unterließ, aber nahelegte. Denn der Satz ‚Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern‘ ist zu komplettieren durch: ‚... es kommt darauf an, *sich* zu verändern.‘ Erst diese Konsequenz stellt dem Objekt das revoltierende Subjekt gegenüber und damit gleich.“ In diesem – von Bloch nur angedeuteten – Sinne entdeckt Zwerenz „Marx, Nietzsche und Sigmund Freud in Blochs revolutionärer Reformation des Marxismus“, auf die er 1956 nur kurze Zeit offen zu setzen wagte, um dann wieder in Sklavensprache zurückzufallen. Er könne ihm das, schreibt Zwerenz, so wie den persönlichen Verrat, „nicht ankreiden“. Mit einer Einschränkung: „Seine gesamte Botschaft als Ruf nach ‚aufrechtem Gang‘ zu entziffern ist richtig, allerdings bleibt zu fragen, was der Sohn Jan Robert Bloch dem Vater mit Recht nachrufen durfte: ‚Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehören?‘ Mein Versuch einer Antwort: Weil der Lehrer sonst von Anfang an gehindert ist, die Lehre vom aufrechten Gang überhaupt

zu beginnen.“ Aber wenigstens nachträglich hätte Bloch seine Verteidigung Stalins und der Moskauer Prozesse widerrufen können, meint Gerhard Zwerenz und bezieht dessen Schweigen gleich wieder auf sich: „Bloch äußerte sich dazu nie, auch nicht in kleiner vertrauter Runde. Doch sein verstärktes Beharren auf der zu dechiffrierenden Sklavensprache darf als Versuch einer Enträtselung genommen werden, die er mir überantwortete ...“ Zwerenz nimmt diesen hypothetischen Auftrag als Freibrief für eine sehr weitgehende Interpretation von Blochs Position bis hin zu seiner Einvernahme für einen „Neo-Trotzkismus“ (S. 142): In Leipzig habe Bloch „wie ein Trotzki der Philosophie“ gewirkt, sich jedoch anders als Trotzki nicht zum offenen Bruch mit Stalin und dem Stalinismus durchringen können. Das änderte sich erst 1961, als Bloch die DDR verließ: „Was er 1961 nachholte, wäre 1957 eine Tat gewesen. So wurde es nur verlegenes Wegbleiben.“ Zwerenz wäre nicht Zwerenz, wenn er es bei einer philosophischen Auseinandersetzung mit Bloch beließe. „Erwartet nicht“, warnt er im Vorwort, „daß wir hier den üblichen akademischen Sermon auftischen.“ Auch Bloch sei ja "ein akademischer Phantast und nur deshalb ein so phantastischer Akademiker" gewesen. So werden weite Strecken des Buches – unterbrochen durch die Leipziger Notate von Ingrid Zwerenz – von dem für Zwerenz typischen polemischen Sermon bestimmt, angereichert mit Seitenhieben auf alte Freunde (wie Erich Loest) und neue Feinde (wie Wolf Biermann), auf SPD und FAZ, Gott und die *Welt* des Günter Zehm. Nicht jeder Leser wird deshalb einstimmen, wenn Ingrid und Gerhard Zwerenz mit dem letzten Satz des Buches auf Seite 531 versichern: „Es hat uns Freude gemacht.“

Hannes Schwenger

Stepun, Fedor: „Russische Demokratie als Projekt“. Mit 20 Abbildungen und Dokumenten. Berlin: Basisdruck Verlag 2004, 301 Seiten, 24,80 Euro.

Die vorliegende Sammlung beinhaltet Schriften aus dem Exil, die Fedor Stepun in den Jahren 1924 bis 1936 niedergeschrieben und in verschiedenen deutschen und russischen Zeitschriften veröffentlicht hat. Einige der neun abgedruckten Beiträge erscheinen im vorliegenden Band erstmals in deutscher Sprache. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen wurde dieses Buch von Christian Hufen, der bereits 2001 mit einer herausragenden Biographie auf seine Stepun-Forschungen aufmerksam gemacht hat. Von Christian Hufen stammt auch der Verweis auf Stepuns transnationales Profil eines europäischen Intellektuellen. Zeitlebens Lebens bestand für Stepun zwischen der deutschen und russischen Kultur eine enge Verbindung.

Der 1883 in Rußland als Sohn eines deutschen Fabrikdirektors geborene Fedor Stepun hatte in seiner Jugend in Deutschland studiert und galt bereits vor dem Ersten Weltkrieg in interessierten deutschen Kreisen als ein glaubwürdiger Mittler zwischen den beiden Kulturen. Der Erste Weltkrieg und vor allem die Oktoberrevolution vereitelten alle ehrgeizigen Pläne. 1922 verließ Stepun mit seiner Frau die junge Sowjetunion – und sah sein geliebtes Rußland nie wieder. Als Exilant hatte Stepun den Vorteil, Deutschland bereits zu kennen. Die bolschewistische Revolution von 1917 hatte Rußland und Europa von Grund auf verändert, und Stepun sah es als seine Aufgabe an, sich diesem „Weltereignis“, wie er es nannte, zu widmen. Mit polemischer Feder verwahrte er sich immer wieder gegen den Vorwurf mancher ultrakonservativer exilrussischer Kreise, daß die Februarrevolutionäre als Steigbügelhalter für Lenins Bolschewisten gedient hät-

ten. In einem politisch hochgradig zersplitterten exilrussischen Milieu hatte sich Fedor Stepun über Jahrzehnte hinweg in verschiedenen Richtungen Auseinandersetzungen zu stellen.

Aus seiner eigenen politischen Konzeption machte er kein Hehl – Stepun fühlte sich einer christlich-orthodox verankerten russischen Demokratie verpflichtet. Obskurantismen jedweder Ausrichtung verabscheute er, weniger aus Prinzip, sondern aufgrund konkreter Erfahrungen. „Nichts scheint mir aber in der heutigen Zeit wichtiger zu sein, als eine unbedingt feste und eindeutige Ablehnung der heraufkommenden bewußt heidnischen Ära der Klassen- oder Rassenvergötterung, des metaphysischen Sichberauschens an der blutroten Grandiosität kommender Geistesgeschichte, als die allerdings sehr unpopuläre religiöse Verteidigung der Freiheit“. So kritisch Stepun die politisch-philosophischen Ideen von Karl Marx beurteilt hatte, einen direkten Zusammenhang zum bolschewistischen Leninismus sah er nicht unbedingt als gegeben an. Lenin war für ihn eine diabolisch inspirierte Henkersfigur, die das Prinzip des Antichristen auf real existierende Weise verwirklichte.

Gerade das Ausleuchten der Hintergründe der bolschewistischen Revolution, die er letztlich als eine tragische Fehlleitung religiöser Energien des russischen Volkes einschätzte, hielt Stepuns Hoffnung auf eine demokratische Zukunft Rußlands am Leben. Zugleich stellte Stepun, der zeitlebens vor einer sowjetophilen Verharmlosung des russischen Bolschewismus gewarnt hatte, im Deutschland der dreißiger Jahre verhängnisvolle Parallelentwicklungen fest. Aufschlußreich bleiben seine Beobachtungen des frisch etablierten Nationalsozialismus am Beispiel des sogenannten Kirchenkampfes mit der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Stepuns Stil ist ausdrucksstark, lesbar und gleichzeitig von umfangreichem Hintergrundwissen geprägt. Seine unzähligen Vorträge in ganz Deutschland hatten ihm eine gewisse Popularität verschafft. Bewußt hatte Stepun bereits in den dreißiger Jahren seine Professur als Soziologe an der Universität in Dresden als angewandte Disziplin verstanden, wohlwissend, daß er mit solchem Verständnis seine akademische Isolation provozierte. Obwohl er als junger Student Max Weber kennengelernt hatte, richtete er seine eigenen soziologisch-philosophischen Studien eher an dem genauen Blick auf kleine Details im Sinne eines Georg Simmel aus. Mit dem Einsatz von Emotionen und Expressivität aber wollte Stepun auf das Schicksal seiner Heimat aufmerksam machen. Gerade dieser Stil präsentiert seine Texte heute aktueller denn je. Fast scheint es, als wäre Stepun gar nicht am 23. Februar 1965 in München, wo er seit 1947 als Ordinarius des Lehrstuhls für russische Geistesgeschichte gelehrt hatte, gestorben. Somit ist verständlich, daß Fedor Stepun auch in Rußland endlich veröffentlicht und zur Kenntnis genommen wird.

Volker Strebel

Scheil, Stefan: Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Berlin: Duncker & Humblot 2004, 533 Seiten, 34,80 Euro.

Müller, Rolf-Dieter: Der letzte deutsche Krieg 1939–1945. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2005, 415 Seiten, 24,50 Euro.

Die meisten deutschen Historiker stimmen darin überein, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg „entfesselte“. Der Umstand, daß die sogenannten Revisionisten das bestreiten, hat auf den wissen-

schaftlichen Diskurs kaum Einfluß. Da Stefan Scheil seinem Buch *Fünf plus Zwei* den Untertitel „Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkriegs“ gegeben hat, liegt zunächst der Verdacht nahe, daß er in die reVISIONistische Schublade gehört. Aber das wäre zu kurz gegriffen. Das Besondere an seinem Buch ist, daß er die germanozentrische durch die polyzentrische Sicht ersetzt, also die Außenpolitik der fünf europäischen Staaten Deutschland, England, Frankreich, Italien und Polen sowie die der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion untersucht. Scheil wertet offizielle Aktenpublikationen, Tagebücher, Memoiren, zeitgenössische politische Schriften und die umfangreiche Sekundärliteratur aus, in der die Standardwerke zu diesem Thema enthalten sind.

Er vertritt die These, daß vor dem 1. September 1939 die Möglichkeit bestanden habe, den Frieden zu retten. Danach war es bis Juli 1940 möglich, den Krieg zu beenden. Erst dann sei aus dem „europäischen Krieg“ ein „Weltkrieg“ geworden. Der Autor überbewertet Hitlers Äußerungen in Reichstagsreden, Gesprächen mit Staatsmännern, Diplomaten und ausländischen Journalisten und unterbewertet Ansprachen vor seinen militärischen Befehlshabern. Dabei muß ihm konzidiert werden, daß diese Monologe stellenweise durchaus widersprüchlich waren. Scheil legt das sogenannte Hoßbach-Protokoll (Hitler am 5. November 1937 vor den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile, dem Kriegsminister und dem Außenminister) so aus, daß der Diktator den Kampf um Lebensraum im Osten zur Sicherung der Ernährung der deutschen Bevölkerung in weite Ferne (ein bis drei Generationen) gerückt habe, um sich kurzfristig mit dem „Anschluß“ Österreichs und der Zerschlagung der Tschechoslowakei zu begnügen.

Da diese Ziele im März 1939 erreicht worden waren, hält Scheil die an Polen gerichteten maßvollen Forderungen (Danzig und exterritoriale Eisenbahn und Autobahn durch den Korridor) für glaubwürdig. Polen habe England und Frankreich davon nicht unterrichtet und nach ihrer Garantieerklärung in maßloser Überschätzung seiner militärischen Stärke (drei Wochen nach Kriegsbeginn polnische Truppen in Berlin) fest mit massiven Angriffen der Westmächte an der deutschen Westfront und der Nordseeküste gerechnet. Hitler, so Scheil weiter, habe es nicht geschafft, „die Westmächte diplomatisch von Polen zu trennen“. Der Angriffsbefehl sei „Ausdruck dieser politischen Niederlage gewesen“, und er habe „jenen großen Krieg gebracht, den Deutschland unbedingt vermeiden mußte“.

Scheil bezeichnet die militärische Untätigkeit der Westmächte nach dem 3. September 1939 als Verrat und zitiert den Hitler-Biographen Kershaw: „Der Krieg hätte vorbei sein können, wäre die französische Regierung mutig genug gewesen, mindestens so, wie es den Polen versprochen worden war, 40 Divisionen ins Feld zu schicken.“ Nachdem die polnische Regierung am 18. September auf rumänischen Boden übergetreten war, wurde sie fallengelassen und mit französischer Hilfe der Oppositionspolitiker General Sikorski zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Westmächte hätten laut Scheil 1939 mit einem Kriegsausbruch gerechnet, sich aber auf eine militärische Defensive eingestellt, die erst später von einer Offensive abgelöst werden würde.

Scheils Argument, Hitler habe den Krieg 1939 nicht gewollt, sei nicht auf diesen Krieg vorbereitet gewesen, kann nicht überzeugen. Sicherlich sollte in seinen Vorstellungen der Krieg später beginnen (Hoßbach-Protokoll: spätestens 1943/45), aber er hat die Chancen, die sich ihm 1938 und 1939 boten,

„blitzartig schnell“ genutzt. Im übrigen widerlegen die Beseitigung des polnischen Staates und die Schaffung des Generalgouvernements die Ernsthaftigkeit aller in den folgenden Monaten gemachten Angebote, Polen mit den Westgrenzen von 1914 wiederherzustellen. Der Autor nimmt die verschiedenen deutschen Friedensfühler und -angebote beim Nennwert, ohne genügend zu würdigen, daß die von ihm hochgeschätzten Appeasement-Politiker nach dem Einmarsch in Prag und dem Angriff auf Polen zum bestehenden nationalsozialistischen Regime selbst dann kein Vertrauen gehabt hätten, wenn Göring die Regierung übernommen hätte. Allerdings bemängelt Scheil zurecht, daß die Westmächte keine Bedingungen für die Beendigung des Krieges nannten, die dem deutschen Widerstand sehr dienlich gewesen wären. Die Politik der vier übrigen europäischen Staaten und der beiden Weltmächte wird ausführlich dargestellt. Wichtige Themen waren unter anderem der Stand der militärischen Rüstung, die Planungen der Generalstäbe, die Zukunft der Kolonialreiche und der Umgang mit nationalen und religiösen Minderheiten, ja bereits Vorstellungen von „ethnischen Säuberungen“. Polen, die Sowjetunion und Italien hatten annexionistische Ziele, Teile der französischen und der englischen politischen Elite strebten die Rheingrenze und die Zerstückelung Deutschlands an. Die USA wollten Rüstungsbegrenzung, Verbot der Offensivwaffen, eine internationale Streitmacht und den Freihandel durchsetzen.

Der Rezensent kann den meisten Thesen des Autors nicht zustimmen, weil er Hitlers „Willen zum Krieg“ für gegeben hält. Trotzdem ist *Zwei plus Fünf* lesenswert, weil es viele bemerkenswerte Einsichten zur deutschen und europäischen Geschichte vom 17. bis zum 20. Jahrhundert enthält und deutlich macht, daß Hitlers „Willen zum Krieg“ auf der

anderen Seite durchaus nicht immer der „Wille zum Frieden“ gegenüberstand. Rolf-Dieter Müller, Wissenschaftlicher Direktor im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, rückt in seinem Buch über den Zweiten Weltkrieg die militärischen Ereignisse in den Vordergrund, läßt aber auch die politische, wirtschaftliche, soziale und ideologische Komponente ausreichend zu Wort kommen. Er nennt Hitlers Kriegsziel den „zweiten Griff nach der Weltmacht“, dem jedoch ein geschlossenes militärisches Konzept gefehlt habe. Erschwerend sei hinzugekommen, daß Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine einem „Teilstreitkraftdenken“ verhaftet gewesen seien. 1942 wurde sogar die Zuständigkeit für die Kriegsschauplätze geteilt: Das Oberkommando des Heeres (OKH) war für die Ostfront zuständig, das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) für alle übrigen Kriegsschauplätze. Die Gesamtkriegsführung lag allein bei Hitler, der dafür keinen besonderen Stab geschaffen hatte.

Die verlorene Luftschlacht über England im Sommer 1940 war Hitlers erste Niederlage. Im deutsch-sowjetischen Krieg lieferten sich beide Massenarmeen „die blutigsten Schlachten der Weltgeschichte“. Wegen der Unterschätzung des Gegners blieb im Juni 1941 die Zahl der modern ausgestatteten, vollausrüsteten und gut ausgebildeten deutschen Elitedivisionen gering. Sie sollten die Stoßkeile bilden, mit denen die Wehrmacht die Verteidigung der Roten Armee aufreißen wollte. Müller schreibt, daß die Möglichkeit bestanden habe, das Sowjetregime zu zerschlagen, wenn man eine kollaborationswillige antibolschewistische Gegenregierung eingesetzt bzw. die Unabhängigkeit einzelner Nationalitäten gefördert hätte. Das hätte aber die Bereitschaft vorausgesetzt, die angestrebte Vorherrschaft im Osten zu zügeln. Die Luftwaffe hatte keine Langstrecken-

bomber für Angriffe auf die Rüstungsbetriebe, die in die Gebiete östlich des Urals verlagert worden waren. Von dort aus konnte die sowjetische Führung trotz der großen Gebietsverluste sowie Millionenverlusten an Soldaten und schweren Waffen im europäischen Rußland ab Ende 1942 Millionen Soldaten in die Schlacht werfen, die mit modernen schweren Panzern, Stalinorgeln und Schlachtflugzeugen ausgerüstet waren. Eine organisatorische Leistung, die in diesem Buch eine besondere Würdigung verdient hätte.

Die deutsche Rüstungsproduktion ist erst nach 1942, unter Speer, auf Rationalisierung und Massenfertigung umgestellt worden. Eine verhängnisvolle Fehlentscheidung war die Luftverteidigung durch Flak-Geschütze. Allein die Menge des Aluminiums, das für die Flak-Munition verbraucht wurde, hätte für den Bau von 40.000 Jagdflugzeugen gereicht. Für einen einzigen Abschuß seien bis zu 16.000 Granaten verbraucht worden, während ein Jagdflugzeug dafür oft nur einen einzigen Feuerstoß brauchte. Die für den Bau der A 4-Raketen (V 2) aufgewendeten Mittel hätten für den Bau von 24.000 zusätzlichen Jägern gereicht. Mit diesen Maschinen hätte verhindert werden können, daß die Alliierten 1944 die unangefochtene Luftherrschaft über Deutschland und Westeuropa erlangten. Der Zweite Weltkrieg wurde in der Luft entschieden. Müller ist der Ansicht, daß es Hitlers wichtigste strategische Fehlentscheidung gewesen sei, die Kriegsentscheidung nicht im Mittelmeer, sondern im Osten zu suchen. Das sei „weniger mit ideologischer Besessenheit als mit der Überschätzung der operativen Möglichkeiten der Blitzkriegstaktik des deutschen Heeres“ zu erklären. „Das Schicksal des Dritten Reiches entschied sich nun einmal nicht im Kampf gegen die Kontinentalmacht UdSSR.“ Deshalb sei der Verlust Nordafrikas im Mai

1943 eine Katastrophe für Hitlers Kriegsführung gewesen, „die das dreifache Ausmaß von Stalingrad besaß“.

Vortrefflich beschreibt der Autor wichtige militärische Operationen des Zweiten Weltkriegs. Dabei setzt er sich mehrfach mit der sowjetischen „Geschichtspropaganda“ auseinander. Sie behauptete, die „größte Panzerschlacht der Geschichte“ bei Prochorowka am 12. Juli 1943 sei zum „Schwanengesang“ der deutschen Panzerwaffe geworden. Neueste militärhistorische Studien bewiesen das Gegenteil. Das II. SS-Panzerkorps verzeichnete lediglich drei Totalverluste gegenüber 239 der 5. Gardarmee. Nach dem Krieg bildete sich ein „Vertuschungskartell“, um Stalins absurden Angriffsbefehl zu verschleiern. Obwohl in den Kämpfen bei Belgorod und Orel (5. Juli bis 18. August) die sowjetischen Verluste (1,7 Millionen Mann, 6.064 Panzer und 4.209 Flugzeuge) weit höher waren als die deutschen (203.000 Mann, 706 Panzer und 524 Flugzeuge), war die Wehrmacht hier bei ihrem letzten Versuch gescheitert, einen operativen Durchbruch zu erzielen.

Der Autor schreibt, daß die Ermordung der europäischen Juden „zu den schlimmsten Projekten der Menschheitsgeschichte“ gehört. Dieser „einzigartige Massenmord wurde begleitet durch zahllose Morde an kranken und behinderten Menschen, an politischen Gegnern und rassistisch angeblich ‚minderwertigen‘ Personen“. Er fährt fort: „Die Mordliste der Nationalsozialisten war besonders lang, aber nicht einzigartig. Stalins Rache an vermeintlich unzuverlässigen Völkerschaften seines Imperiums sowie an angeblichen Verrätern und Kollaborateuren fiel nicht weniger grausam aus.“ Müller kritisiert, daß die Übergriffe und Morde der sowjetischen Soldateska beim Eindringen in das Reichsgebiet im Jahre 1945 von der deutschen Historiographie für Jahrzeh-

te weitgehend tabuisiert worden seien. Bei der Eroberung Berlins habe sich die „größte Massenvergewaltigung der Geschichte“ ereignet. Eine Zeittafel, ein Orts- und Sachregister, ein Personenregister, zahlreiche Abbildungen, Tafeln und Karten erleichtern die Arbeit mit diesem Buch, das eine umfassende, auch dem Laien verständliche Darstellung des Zweiten Weltkriegs in Europa und im Pazifik gibt.

Otto Wenzel

Pietrzynski, Ingrid: „Der Rundfunk ist die Stimme der Republik ...“. Bertolt Brecht und der Rundfunk der DDR 1949–1956. Berlin: trafo Verlag 2003, 340 Seiten, 35,80 Euro.

Bertolt Brechts Erwartungen an das Medium Rundfunk waren bekanntlich hoch, auch wenn ihm eine eigene Radiotheorie nur durch Kompilation seiner verstreuten Bemerkungen zu diesem Thema zugeschrieben werden kann. Ihr Kern ist seine Forderung, das Radio von einem Distributionsmittel zu einem interaktiven Medium der Kommunikation zu machen. Er hielt sie allerdings in den Jahren der Weimarer Republik für „undurchführbar in dieser Gesellschaftsordnung“. Daß sie auch in der Deutschen Demokratischen Republik undurchführbar war, wird niemanden überraschen. Eher scheint es so, als habe Brecht selbst alle Hoffnung darauf längst aufgegeben, wenn er sich in den Jahren der DDR damit begnügte, den Rundfunk als Distributionsinstrument des Berliner Ensembles und der Akademie der Künste zu nutzen oder gar Otto Grotewohl „zum Gebrauche des Rundfunks“ zu überreden. Er tat es nach dem 17. Juni 1953 und noch einmal bei Grotewohls letztem Besuch in Buckow 1956, als Brecht den DDR-Rundfunk bereits für „politisch tot“

hielt. Vergeblich hatte Brecht sich am 17. Juni mit dem Berliner Ensemble erboten, „uns für das Rundfunkprogramm dieses Tages zur Verfügung zu stellen“.

Manfred Wekwerth erinnert sich: „Die Radiosender der DDR entspannten die Situation auf ihre Art, sie brachten ununterbrochen Operettenmelodien. Das ‚Immer nur lächeln‘ versetzte Brecht in einen für ihn ungewöhnlichen Wutanfall. Mit der für ihn nicht weniger üblichen Attitüde eines Generalstäblers beorderte er sofort Elisabeth Hauptmann [...] und mich zu sich und gab den Befehl, unverzüglich zum Rundfunk zu fahren und dieser Idiotie ein Ende zu setzen.“ Von Otto Grotewohl und Hermann Axen erwirkte Brecht das Einverständnis des ZK-Sekretariats, „uns sofort mit einem künstlerischen Programm, mit Friedensliedern usw. einzuschalten“. Erfolglos, denn die Rundfunkverantwortlichen waren nicht zu erreichen.

Das also war Brechts Vorstellung vom „operativen Gebrauch“ des Mediums Rundfunk, und nicht weniger hausbacken klingt, was er an Beiträgen des Berliner Ensembles und der Akademie der Künste in den DDR-Funk lancierte: Hörspielbearbeitungen seiner Stücke und Bücher, Aufzeichnungen aus dem Berliner Ensemble, Theaterkritiken seines „Hauskritikers“ Herbert Jhering und eine Folge „Stunde der Akademie“ (später „Stimme der Akademie“), die vor allem mit Rezitationen und Resolutionen bestritten wurde. Aber selbst darum mußte er mit den Rundfunkgewaltigen der DDR kämpfen, die weniger politisch als an der schlechten Qualität der von Brechts Mitarbeitern gelieferten O-Töne Anstoß nahmen. Die Redaktionsarbeit überließ der mikrophonescheue Brecht weitgehend seinen Mitarbeiterinnen Wera Küchenmeister und Isot Kilian.

Wie wenig er den technischen Bedingungen der neuen Medien gewachsen

war, zeigen seine von Heinz Adameck kolportierten Vorstellungen für den Fernsehfunk der DDR: „Mit einem Wort, Adameck, Sie geben mir 50 Kameras, und ich liefere Ihnen eine neue Kunst-Variante für die Übertragung wichtiger Theaterstücke im Fernsehen.“ Das alles, so Adameck, „wollte Brecht in mühseliger Kleinarbeit schneiden und montieren“ – während der DFF gerade erst einen Übertragungswagen mit drei Kameras besaß.

Ingrid Pietrzynski, die diese Anekdote bezweifelt, weil sie „in ihren Details so eindeutig der Brechtschen Ästhetik der Theaterfotografie und -verfilmung“ widerspricht, vermutet darin eine „spielerische Laune“ Brechts, „mit der er die Möglichkeiten des jungen Fernsehens ausloten“ wollte. Aber auch sie muß in ihrer umfangreichen Studie über Brecht und den Rundfunk der DDR einräumen, daß er in der DDR an die Utopie seiner frühen Rundfunktheorie weder theoretisch noch praktisch anknüpfen konnte. „Er nutzte den Rundfunk zwar auch, um seine künstlerische Arbeit bekannt zu machen, schrieb aber weniger Texte original für das Radio. Brecht versuchte vielmehr, inhaltlich und gestalterische Unabhängigkeit für die von ihm verantworteten Sendeprojekte zu erreichen.“ Brechts Teilerfolge wurden nach seinem Tod jedoch sogleich wieder kassiert, die „Stimme der Akademie“ vom Programm abgesetzt.

Der Rundfunk war nicht länger, wie Brecht postuliert hatte, Stimme der Republik und ihrer Institutionen, sondern ausschließlich Stimme der Partei. Damit war der Weg frei zur vollständigen Unterwerfung des Mediums unter die Kulturpolitik von Staat und Partei, deren Folgen Brecht noch 1956 in einer unveröffentlichten Satire karikiert hat: Mit dem vierten Fünfjahresplan für den Aufbau der Kultur wird in den neunziger Jahren die totale Berieselung der Bevölkerung realisiert: „Reisen hat man

völlig streichen können, da der Sehfunk jetzt alles zeigte, was für Delegationen in Frage kam. [...] Etwa achtundneunzig Prozent der Bevölkerung war endlich imstande, sich dem eigentlichen Lebenszweck zu widmen, dem Ausstellen von Formularen.“ Ingrid Pietrzynski hat Brechts Erfahrungen mit dem DDR-Rundfunk 340 Seiten einer kommentierten Spurensuche und Dokumentation abgewonnen, die mehr Licht auf die frühe DDR als auf die späte – nicht existierende – Radiotheorie Brechts wirft. Leider hat sie dabei versäumt, Roß und Reiter zu nennen, wenn sie die Errichtung der Parteiherrschaft über den Rundfunk als gleichsam objektives Geschehen beschreibt: Danach „entwickelte sich [!] der Rundfunk in der DDR zum Staatsfunk“, und „Zensurpraktiken bildeten sich [!] heraus, Demokratiedefizite wurden sichtbar.“ Das hätte ihr Brecht nicht durchgehen lassen.

Hannes Schwenger